

Presseinformation

DEREGULIERUNG STATT EINZEMENTIERUNG

Nur durch systematische Lockerungsmaßnahmen von Mietzinsbeschränkungen und Beseitigung von Anachronismen im Mietrecht kann es gelingen bestehende Ungerechtigkeiten einer Zweiklassengesellschaft von Alt- und Neumieter am Wohnungsmarkt zu entschärfen.

(Wien, 15.11.2012) Zwei Beispiele aus unseren Nachbarländern sollten dafür ausreichend Beweis bieten:

Im Zuge der Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik wurden die Mieten aus der Zeit des Kommunismus an das Mietzinsniveau der deutschen Republik etappenweise herangeführt. Deregulierungsmaßnahmen vom starren Mietsystem Tschechiens haben dazu geführt, dass der Markt begonnen hat sich entsprechend Angebot und Nachfrage heute von selbst zu regulieren.

Jahr für Jahr leiert die Arbeiterkammer gebetsmühlenartig dieselben Stehsätze und schiebt reflexartig die Verantwortung den privaten Vermietern in die Schuhe.

“Es ist an der Zeit umzudenken und an systematisch sachgerechten und fairen Bedingungen zu arbeiten anstelle Haus- und Wohnungseigentümern den Strick noch enger zu schnüren.“ sagt Dr. Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes.

Haus- und Wohnungseigentümer stellen nicht nur den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft sanierte Wohnraummöglichkeiten zur Verfügung, sie unterstützen die Bauwirtschaft samt Nebengewerbe, schaffen Arbeitsplätze und erhöhen damit Einnahmen beim Fiskus. Daneben leisten sie im Rahmen der thermischen Sanierung wertvolle Beiträge für die Umwelt und die Stadt- und Ortsbildpflege.

Noch im Juli dieses Jahres attestierte eine von der Bank Austria herausgegebene Studie mit dem Titel „Der Österreichische Immobilienmarkt, eine Insel der Seligen?“, dass „die Wohnversorgung in Österreich im internationalen Vergleich gut ist. Der Erfolg der österreichischen Wohnungspolitik misst sich daran, dass sich der Großteil der Bevölkerung das Wohnen leisten kann. Private Haushalte verwenden 22% ihrer Konsumausgaben fürs Wohnen (inklusive der Energiekosten).“ Weiter heißt es darin: „Haushaltsbefragungen auf europäischer Ebene ergaben, dass der Anteil der Bevölkerung, der sich mit seinen Wohnkosten „überbelastet“ fühlt, in Österreich unabhängig von der Wohnrechtsform zu den niedrigsten Europas zählt.“

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund fordert eine konsequente Beseitigung von Mietzinsbeschränkungen, Schaffung von moderaten Anhebungsmöglichkeiten bei Altmietverträgen, Lockerungen bei den derzeit extensiv geregelten Eintrittsrechten sowie eine Beseitigung des Befristungsabschlages, um Mietern am Wohnungsmarkt annähernd gleiche Bedingungen zu gewährleisten.

Rückfragen:

Dr. Martin Prunbauer 01 / 526 90 90